

# Digitale Öffentlichkeit als Demokratie 2.0

## Zwischen neuen partizipativen Möglichkeiten und rechtlichen sowie ethischen Herausforderungen für den Rechtsstaat

*Michelle Tannrath*

Dieser Beitrag stellt die aktualisierte und gekürzte Fassung der gleichnamigen Bachelorarbeit der Autorin dar, die im Rahmen des Bachelorstudiengangs Lehramt an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg verfasst und von Professor Dr. Dr. Matthias Rath betreut und begutachtet wurde.

### **Zusammenfassung des Beitrags**

Der Beitrag intendiert, die digitale Öffentlichkeit als einen neuen politischen Raum vorzustellen. Welch einschneidende Veränderungen der digitale Wandel mit sich bringt, soll anhand eines Vergleichs gesellschaftlicher Aspekte vor und nach der Etablierung des Internets aufgezeigt werden. Im Zuge dieses Vergleichs kristallisiert sich eine Ambivalenz der neuen Demokratieform heraus. Mit ihren vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten zeigt sich die digitale Demokratie einerseits höchst demokratiefördernd. Auf der anderen Seite trägt die neugeschaffene Freiheit jedoch zu einem Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen bei. Es wird daher für eine Verantwortungsethik der mediatisierten Welt sowie für eine verstärkte Vermittlung einer Medienkompetenz plädiert, um das Potenzial der digitalen Demokratie ausschöpfen und den demokratiegefährdenden Tendenzen entgegensteuern zu können.

*Schlüsselbegriffe: Medienpädagogik • Medienethik • digitale Demokratie • Rechtspopulismus*

### **Forschungshintergrund: Das global schwindende Vertrauen der Bürger\*innen in die Politik**

Die Befunde des Democracy Perception Index der Jahre 2018, 2019 und 2020 stützen in ihrer Zusammenfassung die Hypothese, dass sich auf globaler Ebene ein Prozess des schwindenden Vertrauens der Bevölkerung in die jeweilige politische Führung vollzieht (vgl. Democracy Perception Index 2020). Ein Symptom dieser sich abzeichnenden Tendenz ist das Erstarken rechtspopulistischer Bestrebungen (vgl. Herberg 2020). Ursächlich für diese Entwicklung ist meines Erachtens u. a. die voranschreitende Mediatisierung, die laut Friedrich Krotz als ein allumfassender und dauerhaft bestehender Metaprozess aufzufassen ist (vgl. Krotz/Despotović/Kruse 2017, S. 1). Die Gesellschaften sehen sich noch immer mit dem Phänomen des „Trust Deficits“

konfrontiert, das bemerkenswerterweise vor allen Dingen innerhalb derjenigen Nationen, die hinsichtlich der Digitalisierung als fortschrittlich gelten, um sich greift. Von dieser skeptischen, ja gar ängstlichen Haltung gegenüber der Digitalisierung betroffen sind also insbesondere die westlichen Länder – jene Länder, deren demokratische Verhältnisse gegenwärtig verstärkt infrage gestellt werden (vgl. Eickers/Rath 2020).

Neben dem vorhandenen Misstrauen gegenüber den digitalen Praxen eröffnet der digitale Umbruch neuartige Kommunikationsräume, welche die Freiheiten der Bürger\*innen enorm vergrößern, indem sie beispielsweise ein direktes Eingreifen des bürgerlichen Individuums in das politische Geschehen ermöglichen. Die beschriebene Skepsis in Kombination mit einem verantwortungslosen Umgang mit den neugewonnenen Freiheiten birgt meiner Einschätzung zufolge ein hohes Risiko, demokratiegefährdende Nebenwirkungen mit sich zu bringen. Diesen Tatbestand intendiere ich anhand der bereits angeschnittenen Zunahme des Rechtspopulismus im Verlauf meines Beitrags darzulegen. Hieran anknüpfend möchte ich für eine Verantwortungsethik ebenso wie für die vermehrte Förderung einer Medienkompetenz plädieren. Vorerst muss jedoch analysiert werden, ob die digitale Öffentlichkeit solch tiefschürfende gesellschaftliche Veränderungen bewirkt, um von einer neuen Form der Demokratie – von einer Demokratie 2.0 – sprechen zu können. Anhand des Vergleichs verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zur prädigitalen und digitalen Zeit soll dieser Frage nun auf den Grund gegangen werden.

### **Die Gesellschaft im Wandel: Prädigitale und digitale Demokratie im Vergleich**

#### *Wer schafft wie politische Öffentlichkeit? Die Überwindung der Selektionsnormen*

Während sich die Bürger\*innen zur vordigitalen Zeit vornehmlich im Publikum des öffentlichen Treibens wiederfanden, ist heute jedes Gesellschaftsmitglied – die technischen Bedingungen vorausgesetzt – in der Lage, aktiv an der Öffentlichkeit zu partizipieren (vgl. Hidalgo 2019). Als „Produser“ (Bruns 2020, S. 9) produzieren und nutzen viele öffentliche Inhalte und übergehen hierbei die herkömmlichen journalistischen Qualitätsstandards. Kontextverletzungen und Missverständnisse können die Folge sein (vgl. Pörksen 2018, S. 136–138). Die Entprofessionalisierung des Journalismus und der damit verbundene Verlust der (absoluten) Deutungsmacht der Medienschaffenden führt letztlich dazu, dass sich die Grenzen des Sagbaren auflösen. Auch die Konsensfähigkeit nimmt aufgrund der Vielzahl uneingeschränkter Äußerungen ab. An dessen Stelle tritt eine neue politische Gewalt von großer Tragweite, die der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen als „fünfte Gewalt“ betitelt (vgl. ebd., S. 18–20). Deren Macht bekommen häufig Minderheiten zu spüren, die als Feindbild auserkoren werden. So kristallisiert sich der virtuelle Kosmos mit seinen fehlenden Gatekeepern als ein fruchtbarer Nährboden für die Entstehung von Hass und Hetze heraus (vgl. Kepplinger 2020, S. 178).

Hinzu kommt, dass sich die digitale Demokratie als besonders empfänglich für empörungswürdige Ereignisse erweist. Emotional aufgeladene Meldungen erreichen innerhalb der digitalen Öffentlichkeit einen hohen Grad an Aufmerksamkeit, weshalb Beiträge mit eben diesem Empörungsfaktor ausgestattet und somit überspitzt inszeniert werden. Dieser Mechanismus, bei dem der Wahrheitsgehalt einer Nachricht in den Hintergrund treten kann, fördert nicht zuletzt politisch rechtsorientiertes Gedankengut, das von emotionalen Regungen lebt (vgl. Pörksen 2018, S. 65). Unterstützt wird die Verbreitung solcher Nachrichten, die nicht belegte

Tatsachenbehauptungen enthalten und unter dem Begriff der „Fake News“ gefasst werden (vgl. Landesmedienzentrum Baden-Württemberg 2021), durch die Struktur des digitalen Raums: Anders als die breite, für alle gleichermaßen einsehbare Öffentlichkeit des prädigitalen Zeitalters zerfällt die virtuelle Sphäre in viele kleine, geschlossene Räume, die von subjektiven Empfindungen geformt werden. In sogenannten Filterblasen wird die eigene Weltsicht fortlaufend bestätigt, was zu einer Verhärtung von Standpunkten führt und kaum noch Spielraum für einen lösungsorientierten Austausch lässt (vgl. Hidalgo 2019). Dieser Sachverhalt liefert meiner Auffassung zufolge einen weiteren Anhaltspunkt für das wachsende Aufkommen extremistischer Haltungen.

#### *Partizipationsmöglichkeiten: Alle Augen auf das Individuum*

In jener Zeit vor dem digitalen Wandel bestanden deutlich größere Hürden zur Teilhabe an der Öffentlichkeit, weshalb die Partizipationsbereitschaft bei vielen entsprechend gering ausfiel. Der übliche Weg, politisch aktiv zu werden, war der Beitritt in eine Partei (vgl. Hidalgo 2019). Das Internet hingegen repräsentiert eine beachtliche Palette an leicht zugänglichen Beteiligungsformen wie beispielsweise der vernetzte Aktivismus in Form von Petitionen oder Hash-Tag-Kampagnen. Die angesprochene „fünfte Gewalt“ formiert sich zusehends zu einer neuen politischen Instanz, die fortan mitbestimmt, welche Themen auf die politische Agenda gesetzt werden. Dieser Vorgang bildet eine Personifizierung der demokratischen Grundidee ab und rückt das bürgerliche Individuum ins Zentrum der Aufmerksamkeit (vgl. Carstensen 2019). Jedoch findet trotz der nahezu barrierefreien Zugänglichkeit ein Ausschluss von Non-User\*innen statt, was zu einer Spaltung der mediatisierten Gesellschaft beiträgt (vgl. Marr/Zillien 2019, S. 285). Von dem „Digital Divide“ betroffen sind all jene Personen, denen es an der notwendigen technischen Ausstattung oder aber an dem erforderlichen Wissen über die neuen Technologien mangelt, also hauptsächlich sozial benachteiligte Menschen. Infolgedessen werden die bestehenden strukturellen und sozialen Ungleichheiten über das Internet reproduziert und somit weiter vertieft und die Betroffenen ihrer Möglichkeiten zur Teilhabe beraubt. Der Prozess der digitalen Spaltung beinhaltet neben dem Aspekt der nötigen Zugangsvoraussetzungen jedoch noch eine weitere Dimension, welche das unterschiedliche Nutzungsverhalten der Medien berücksichtigt. So üben sozio-ökonomische sowie kulturelle Faktoren ebenso Einfluss auf die Kompetenz im Umgang mit den virtuellen Interaktionsformen. Gebildete Menschen sind eher in der Lage, ihre Handlungsoptionen im Internet zu realisieren (vgl. Verständig/Klein/Iske 2017). Mit Blick auf die digitalen Partizipationsformen hat sich ferner herausgestellt, dass im Speziellen Rechtspopulist\*innen die neuen Chancen zur Teilhabe zu ihren Gunsten zu nutzen wissen, indem sie auf den erwähnten Empörungsfaktor medialer Inhalte setzen sowie stark vereinfachte Lösungsansätze anbieten (vgl. Falencyk 2019).

#### *Politische Prozesse: Beschleunigung und Vereinfachung*

Bezeichnend für das vordigitale politische System waren seine trägen Verfahrensweisen. Das Internet bietet nun die Option, komplexe Zusammenhänge reduziert aufzubereiten, da es der digitalen Öffentlichkeit wie erwähnt an etablierten Qualitätskriterien mangelt. Zudem neigt die virtuelle Welt zur Beschleunigung (vgl. Hidalgo 2019). Bedingt durch die hohe Informationsdichte sind Medieninhalte schnelllebigter denn je, was in einem Druck des ständigen

Informiertseins gipfeln kann (vgl. Pörksen 2018, S. 7–8). Gewandelt hat sich des Weiteren die Zuweisung von Verantwortung, die durch die vermeintliche Anonymität des Internets sowie der wachsenden Anzahl an möglichen Verantwortungsträger\*innen und der verschwommenen Grenze zwischen Konsument\*in und Produzent\*in erschwert wird (vgl. Hidalgo 2019). Andererseits ist eine höhere Transparenz hinsichtlich der politischen Vorgänge beobachtbar. Die Offenheit der Information und Kommunikation verleiht den Prozessen eine gewisse Eigendynamik, welche die Verbreitung von Gerüchten unterstützt und zeitgleich deren Einholbarkeit hemmt (vgl. Pörksen 2018, S. 75–81). Einfluss auf politische Prozesse übt außerdem die kollektive Intelligenz – ein Produkt der durch das digitale Netz verbundenen Gesellschaftsmitglieder – aus. Diese Schicksalsgemeinschaft, die Landesgrenzen leichtfüßig überwindet, macht die Entwicklung von Lösungsansätzen in Bezug auf die immer komplexer werdenden globalen Herausforderungen möglich. Allgemein lässt die Diversität von Ansichten innerhalb der digitalen Öffentlichkeit einen verstärkten Meinungskampf gedeihen (vgl. ebd., S. 105–115).

#### *Garantie der Grundrechte: Die Menschenwürde in Gefahr*

Die Realität bricht mit dem theoretischen Anliegen, dass die Grundrechte als Fundament einer jeden Demokratie in gleicher Weise auf digitaler Ebene Gültigkeit beanspruchen sollten. Unter dem Eindruck der Digitalisierung entfalten sich anarchistisch anmutende Zustände. Insbesondere Soziale Netzwerke bieten eine Angriffsfläche dar, die geradezu zur Diskriminierung und Verbreitung von Hate Speech einlädt, unter anderem anhand der augenscheinlichen Anonymität (vgl. Pörksen 2018, S. 94). Einmal mehr tritt die Verletzungsmacht von Sprache zutage, dessen Schädigungspotenzial nicht zu unterschätzen ist (vgl. Eickelmann 2018, S. 177). Den erweiterten sowie unkontrollierten Handlungsspielräumen geschuldet, gewinnen neue Handlungspraxen in der mediatisierten Welt an Bedeutung. Diese sind mit den Grundrechten zum Teil nicht mehr in Einklang zu bringen, denn sie stellen Verletzungen der Menschenwürde dar und missachten respektvolle Umgangsformen. Beleidigungen und Bloßstellungen, indem beispielsweise intime Inhalte einer Person mit der Öffentlichkeit geteilt werden, sind Beispiele hierfür. Und auch die offensichtliche Leugnung und Umdeutung wahrer Tatsachen ist mit der Etablierung der digitalen Öffentlichkeit salonfähig geworden (vgl. Pörksen 2018, S. 114).

#### *Verständnis von Identität und Privatsphäre: Die digitale Bühne der Selbstinszenierung*

Wo im prädigitalen Zeitalter eine klarere Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem bestand, überlappen sich heute die beiden Bereiche. Das ständige Dokumentieren des eigenen Lebens mithilfe von Bildmaterial bringen zwei der kontroversten Themen der Digitalisierung auf den Plan: Datenhandel und Überwachung. Der „Gläserne Mensch“ (Ankenbrand/Beeger 2013), der mit all seinen geteilten Informationen, die er in die Umlaufbahn des digitalen Kosmos bringt, immer leichter zu durchschauen wird, sieht sich jedenfalls einer unsichtbaren Gefahr ausgeliefert (vgl. Hofmann et al. 2019, S. 238). Zudem erzeugt Sichtbarkeit auch immer Verletzlichkeit (vgl. Drücke 2018) und seit Fotofilter großflächig zum Einsatz kommen, gesellt sich zu dem Cybermobbing von außen im Wettstreit mit dem eigenen, geschönten Ich der anhaltende Druck zur Selbstoptimierung (vgl. Mills et al. 2018, S. 86–92). Neben der Selbstinszenierung, die sich in die Bandbreite der Identitätsangebote auf diversen Internetplattformen einreicht, wird das Individuum gleichsam von der digitalen Außenwelt geformt. Wo in Zeiten vor dem Internet

hauptsächlich Familienangehörige als Vorbilder dienten, kann die Identitätsentwicklung nun aus einer Fülle von Identifikationsangeboten schöpfen. Gerade Heranwachsende finden innerhalb der virtuellen Sphäre vielfältige Möglichkeiten für eine weitgehend konsequenzlose Erprobung ihrer Persönlichkeit vor. Hierbei schwingt jedoch durchaus die Gefahr der Verschmelzung von Realität und Virtualität mit (vgl. Pörksen 2018, S. 77).

#### *Wege der politischen Bildung Jugendlicher: Manipulation der angehenden Erwachsenen*

Vor dem digitalen Umbruch wurden die als selbstverständlich geltenden Lebensdeutungsmuster und Werte der Vorgängergeneration tradiert. So übernahmen die angehenden Erwachsenen zu meist unhinterfragt die politische Einstellung ihrer Eltern (vgl. Jüsten 1999, S. 53). Mit der Digitalisierung hat sich der Horizont der politischen Bildungsangebote nun enorm erweitert. Die Heranwachsenden vollziehen heute eine „Selbstbildung“ in Eigenregie über das Internet, wobei die Videoplattform YouTube eine zentrale Rolle einnimmt. Politische Themen werden dort verständlich und ansprechend vermittelt. Unter die neutral informierenden YouTube-Kanäle mischen sich jedoch auch eindeutig politisch rechtsgesinnte Formate, die sich gezielt an junge Menschen richten. Hier wird erneut das demokratiegefährdende Potenzial der digitalen Öffentlichkeit in Gestalt des Rechtspopulismus deutlich, denn Jugendliche sind überwiegend noch nicht in der Lage, rechtspopulistische Aussagen als solche zu identifizieren (vgl. Falenczyk 2019). Der Bildungsprozess unter eigener Regie und die hieraus hervorgehende Pluralität von Standpunkten haben außerdem zur Folge, dass normative Orientierungsgrößen eben nicht mehr als selbstverständlich hingenommen werden können, sondern für die junge Generation immer wieder neu erarbeitet werden müssen (vgl. Jüsten 1999, S. 53).

In Anbetracht der bisherigen zusammengetragenen Aspekte und gemäß des Postulats „*Alles Politische beginnt (und endet) mit der Partizipation*“ (Fischer et al. 2016, S. 11) muss die digitale Öffentlichkeit meiner Beurteilung zufolge als eine neue Form der Demokratie angesehen werden. Nachdem der Einfluss des digitalen Wandels auf vielzählige Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und Wahrnehmens dargelegt und im Zuge der hiermit verbundenen Beschreibung der Charakteristika der sozialen Netzwerke gleichwohl eine Kausalität bezüglich der Ausbreitung von rechtspopulistischen Überzeugungen aufgezeigt wurde, ist im Anschluss zu überlegen, welche Konsequenzen sich aus diesem Wandel der Gesellschaft für Recht und Ethik ergeben.

### **Auswirkungen der Digitalisierung auf die Demokratie: Das bürgerliche Individuum im Zentrum des politischen Geschehens**

#### *Neue Forderungen und Fragestellungen an Recht und Ethik*

Die normativen Ansprüche, die sich aus der Neugestaltung der gesellschaftlichen Lebensräume ergeben, lassen sich zu ethischen Forderungen sowie Fragestellungen bündeln. Diese bilden den Grundstein für rechtlich bindende Vorschriften. Im Umkehrschluss bedarf die eingeforderte Moral einer Gesetzgebung, um wirksam sein zu können (vgl. Funiok 2002). Einer der moralisch aufgeladenen Appelle schlägt eine „Ethik des Teilens“ (Pörksen 2018, S. 187) vor. Diese soll den Fokus zurück auf die Rationalität lenken, um die Symptome der „Empörungdemokratie“ abzuschwächen. Indem verstärkt nur noch solche Beiträge, die auf

empirisch belegten Fakten gründen, mit der Öffentlichkeit geteilt werden, kann die Verbreitung gezielter Falschmeldungen eingedämmt und somit der (versuchten) Manipulation rechts-populistischer Akteur\*innen entgegengewirkt werden. Während also ethische Leitlinien einer völlig beliebigen Veröffentlichung von Informationen vorbeugen könnten, ist angesichts der schrankenlosen Konstitution des virtuellen Raums die ohnehin bereits viel diskutierte Frage nach den Grenzen der Meinungsfreiheit neu zu bearbeiten. Meines Erachtens ist hierbei auf dem Gebot „Keine Toleranz gegenüber Intoleranz“ zu beharren. Außerdem gilt es anzuerkennen, dass kein Anspruch auf absolute Wahrheit existieren kann und demnach die Fähigkeit, auf Meinungskonflikte und Widersprüche zurückgehende Spannungen aushalten zu können, zu schulen.

Eine Abwägung verschiedener Werte ist ebenfalls im Hinblick auf das altbekannte Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit erforderlich, gerade wenn es um die Thematik des Datenschutzes geht. An diese Diskussion anknüpfend, wird ebenso die Bedeutung der Privatsphäre relevant und in Folge dessen die Rolle der Medien bei der Identitätsfindung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Es stellt sich die Frage, welche Dinge die Heranwachsenden überhaupt noch privat halten wollen und welche möglichen Folgen ein überwiegend öffentlich geführtes Leben nach sich ziehen kann. Auch gilt es zu klären, welche der sogenannten Influencer\*innen sich als Vorbilder bei der Identitätsentwicklung eignen und inwieweit digitale Lernangebote wie YouTube-Videos die Lernprozesse der angehenden Erwachsenen bestimmen. Überdies ist die digitale Demokratie auf ein bewusstes Ausleben des demokratischen Ethos angewiesen, um ihn an die Nachfolgeneration weiterzugeben und auch auf digitaler Ebene eine zuverlässige Durchsetzung des Grundgesetzes gewährleisten zu können. Und schließlich ergibt sich aus dem Anspruch auf Inklusion die Forderung, dass staatliche Institutionen die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine Teilhabe der Gesellschaftsmitglieder an der digitalen Öffentlichkeit schaffen müssen. In diesem Zusammenhang gewinnt John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit an Aktualität, denn gemäß seiner Verteilungsregeln steht der Staat ebenfalls in der Pflicht, Sorge für die notwendige technische Ausstattung zu tragen (vgl. Rawls 2012, S. 20 f.). Ferner müssen gesetzliche Regeln für eine gleichberechtigte Beteiligung an der digitalen Öffentlichkeit sowie eine staatliche Garantie gleicher Bürgerrechte innerhalb der digitalen Welt etabliert werden. Und auch mit Blick auf Rawls' fiktiven Urzustand stellt sich im Digitalzeitalter einmal mehr die Frage, ob von vernünftigen Verhandlungsparteien ausgegangen werden kann (vgl. Nussbaum 2010).

Die dargelegte Ambivalenz der digitalen Demokratie legt das Potenzial der Digitalisierung offen, das sich sowohl in einer *Demokratieförderung* als auch in einer *Demokratiegefährdung* niederschlägt. Ich bin jedoch der Auffassung, dass das demokratische System die rechtspopulistischen Auswüchse aushalten muss – zumal es Demokratiekritik zu seiner Optimierung sogar benötigt – und dies auch kann, solange es von der großen Mehrheit gestützt wird. In diesem Zusammenhang ist eine Überarbeitung des Themenkomplexes der Verantwortlichkeit wichtig, die nun näher beleuchtet werden soll.

### *Die Verantwortung der einzelnen Person: Plädoyer für eine Verantwortungsethik der digitalen Demokratie*

Mit der sich abzeichnenden Entwicklung, dass die Bürger\*innen immer mehr in den Mittel-

punkt des politischen Geschehens rücken, geht eine stark erhöhte Verantwortung der einzelnen Person einher. Als Schablone einer Ethik der mediatisierten Welt eignet sich Hans Jonas' Verantwortungsethik, für die der Bezug zum technischen Fortschritt charakteristisch ist. Sie berücksichtigt einerseits die menschliche Gesinnung, indem sie jedes Leben – auch das der Tier- und Pflanzenwelt – normativ als schützenswert bestimmt. Andererseits wird die Folgenabwägung entlang Jonas' „ökologischem Imperativ“ einbezogen, nämlich jene Bedenken, dass die Folgewirkungen der technischen Entwicklung zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht absehbar sind. Demzufolge steht der Mensch in der Verantwortung, sich selbst Grenzen aufzuerlegen, wo sie fehlen (vgl. Jonas 2019).

Eine Medienethik nach Jonas' Vorbild verlangt bezüglich der Verantwortungsübernahme im digitalen Raum der unbegrenzten Möglichkeiten also eigenständige Grenzziehungen. Schließlich sind die Nebenwirkungen medialer Handlungen innerhalb der Weiten des Internets weitreichend und nicht immer unmittelbar sichtbar. Zurückhaltung und Mäßigung können demzufolge als elementar wichtige Tugenden im digitalen Kontext gelten. Zusätzlich bedeutet *verantwortlich zu agieren* eine umsichtige Beschaffung von Informationen, damit keine eigens konstruierte Weltsicht fernab jeder Realität entsteht, denn nur so kann der konsensbedürftige demokratische Staat Stabilität herstellen. Über das Individuum hinausgehend, müssen selbstredend auch alle weiteren Verantwortungsträger\*innen auf der digitalen Bühne wie die Medienschaffenden und der Gesetzgeber mitgedacht werden (vgl. Rath 2014, S. 32). Um sich dieser hohen Eigenverantwortung bewusst zu werden und sie angemessen wahrnehmen zu können, ist die Vermittlung einer Medienkompetenz unverzichtbar, wie die anschließenden Ausführungen nahelegen werden.

#### *Von der Notwendigkeit der Förderung einer Medienkompetenz*

Bereits in den 1970er-Jahren berücksichtigte der Erziehungswissenschaftler Dieter Baacke im Rahmen seines Vier-Dimensionen-Modells die anstehenden Herausforderungen in einer von Medien bestimmten Welt (vgl. Baacke 1973). Entlang der Dimensionen Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung sowie Mediengestaltung veranschaulichte er die Vielschichtigkeit der Medienkompetenz (vgl. Treumann et al. 2002, S. 36–39). Von diesem Modell ausgehend, erachte ich die Dimension der Medienkritik heutzutage als besonders bedeutsam, denn es gilt, zum einen die Strukturen der digitalen Öffentlichkeit zu durchschauen und zum anderen vor dem Hintergrund ethischer Überlegungen mediale Mechanismen kritisch zu reflektieren (vgl. Niesyto/Moser 2018). Für eine fachgerechte Bewertung dieser Faktoren ist die Medienkunde ebenfalls wichtig und auch der Aspekt der Mediennutzung ist nicht zu vernachlässigen, da er die Partizipation am digitalen Raum erst ermöglicht. So ist die Medienkompetenz gleichwohl eine Demokratiekompetenz.

Die Förderung der Medienkritik und der Medienkunde ist vor allem für die Bildung der jungen Generation von großer Relevanz. Aus der Betrachtung der freizeithlichen Beschäftigungen von Kindern und Jugendlichen geht hervor, dass das Internet eng mit dem Privatleben der Heranwachsenden verwoben ist (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2020a, 2020b). Und auch hinsichtlich ihrer schulischen Aktivitäten zeigt sich, dass mediale Angebote gern als Lernhilfen herangezogen werden. Eine qualifizierte Handhabung der Medien bildet also den Grundstock, um die intrinsisch motivierte Selbstbildung in individuelle

und fruchtbare Lernprozesse umzuwandeln (vgl. Nier 2019). Anderenfalls wird das Betreten des ‚virtuellen Kosmos‘ zum Risiko, denn Begegnungen mit diskriminierenden Algorithmen, Filterblasen und Ähnlichem bleiben nicht aus. Diese Konfrontationen müssen als das erkannt werden, was sie sind, um nicht deren Manipulation zum Opfer zu fallen. Aufgrund der mangelnden Lebenserfahrung der Heranwachsenden ist ebendies ein gefährlicher Stolperstein, über welchen selbst Erwachsene stolpern.

Des Weiteren sehe ich in der Förderung eines kompetenten Umgangs mit der medialen Welt eine Chance zur Überwindung der eingangs erwähnten Skepsis gegenüber den digitalen Neuerungen. Dank eines neuerlangten Wissens können Unsicherheiten abgebaut und ebenso Effekte der fehlenden Gatekeeper-Funktionen abgemildert werden, beispielsweise durch die Ausbildung von Kompetenzen, die zum Herausfiltern seriöser Informationsquellen befähigen. Die effektive Nutzung der neuen partizipativen Gelegenheiten, wie das unvergleichbar hohe Diskussionspotenzial der digitalen Öffentlichkeit, werden jedoch nur unter der Bedingung, dass die öffentlichen Wortgefechte unter Achtung der demokratischen Werte ausgetragen werden, zu Pluspunkten für die Demokratie. Sich der gegenwärtig vollziehenden „Verrohung der kommunikativen Auseinandersetzung“ (Gapski/Oberle/Staufer 2017, S. 23) entgegenzustellen, gehört zum Aufgabengebiet der ethischen Dimension der Medienkompetenz (vgl. ebd., S. 20–24).

Resümierend kann die Förderung der Medienkompetenz als eine Befähigung des Individuums im Sinne von Martha Nussbaum aufgefasst werden. Wie Rawls möchte auch Nussbaums „Capability Approach“ eine umfassende Gerechtigkeitstheorie anbieten, wofür eine Beschreibung des guten Lebens erfolgen muss (vgl. Nathschläger 2014, S. 4). Solch eine Charakterisierung des guten Lebens muss unter den Rahmenbedingungen der Digitalisierung neu erarbeitet werden. Es lässt sich allerdings behaupten, dass eine gerechte soziale Ordnung nach wie vor als ein unverzichtbarer Grundstein für ein gutes Leben angesehen werden kann (vgl. ebd., S. 294). Einer gerechten sozialen Ordnung nähert sich die Philosophin, indem sie einige unentbehrliche Fähigkeiten für die Ausgestaltung eines guten Lebens skizziert. Diese müssen gerechterweise jedem Mitglied der Gesellschaft zuteilwerden (vgl. ebd., S. 55–56). Im Kontext der Förderung einer Medienkompetenz bedeutet dies, dass sich die Politik verstärkt auf jene Fähigkeiten konzentrieren muss, welche für die Orientierung innerhalb einer von Digitalisierung und Mediatisierung geprägten Welt besonders bedeutsam sind. Hierunter fallen meiner Ansicht nach speziell die von Nussbaum aufgelistete Fähigkeit der Sinneswahrnehmung, der Vorstellung und des Denkens, die praktische Vernunft, die Zugehörigkeit sowie die Kontrolle über die eigene Umwelt (vgl. ebd., S. 69–148).

Mittels einer ausgeprägten Medienkompetenz werden die Bürger\*innen befähigt, ihre Wahrnehmungen im digitalen Kontext fachgerecht einzuordnen (vgl. ebd., S. 98). Hierbei ist zudem die praktische Vernunft der Menschen gefragt, die aus einer kritischen Distanz zu der eigenen Person heraus das Leben reflektierend plant (vgl. ebd., S. 109). Die hierauf fußenden Vorstellungen eines guten Lebens müssen heutzutage gleichfalls auf die digitale Welt angewendet werden können. So muss ebenso Nussbaums Schlagwort der Zugehörigkeit neu gedacht werden. Dieses umfasst eine ganze Bandbreite an Fähigkeiten und hebt letztlich auf das Vermögen der Anerkennung und der Empathie ab (vgl. ebd., S. 125). Wie bereits beschrieben, kommt gerade der Bereitschaft zur Anerkennung anderer sowie der Fähigkeit zum Perspektivwechsel im

enthemmten Netz große Bedeutung zu. Demgemäß ist es Aufgabe der Medienpädagogik, im Rahmen der Medienkompetenzförderung auf moralische Ansprüche auf digitaler Ebene zu insistieren. Als ausgesprochen relevant erachte ich überdies das Vermögen zur Kontrolle über die eigene digitale Umwelt. Dieser Aspekt schließt politische Rechte wie die Meinungsfreiheit ein. Die Internetnutzer\*innen müssen also vor der Beschneidung ihrer Freiheit durch staatliche Hand geschützt werden und außerdem eine eingehende Aufklärung hinsichtlich des Datenschutzes erfahren.

Bilanzierend ist die Förderung einer Medienkompetenz als eine Befähigung des menschlichen Individuums zur aktiven und verantwortungsvollen Teilnahme an der digitalen Öffentlichkeit zu verstehen. Zugleich kann jedoch auch die Digitalisierung selbst als eine Befähigung im Hinblick auf die Kommunikation und folglich als ein Kommunikationsrecht begriffen werden. Ferner lässt sich eine Pflicht zur Realisierung der Menschenrechte innerhalb der virtuellen Welt aus Nussbaums Befähigungsansatz ableiten. Hierzu zählt, dass der Staat Rahmenbedingungen wie eine rechtliche Rückbindung aufrechterhalten muss, damit die Bürger\*innen in die Lage versetzt werden, ihre Rechte in der digitalen Praxis einfordern zu können. Erst unter diesen Voraussetzungen können die Menschenrechte tatsächlich Anwendung finden.

Für die Konzeption einer solchen Medienbildung sind sowohl politikdidaktische als auch philosophiedidaktische Überlegungen anzustellen, um mit den sich ständig wandelnden Herausforderungen der mediatisierten Gesellschaft Schritt halten zu können. Auf Grundlage neu-gewonnener Erkenntnisse der Forschung muss dann eine medienbezogene Professionalisierung der Lehrkräfte erfolgen und Medien zugleich als Gegenstand und Mittel der politischen Bildung sowie des Ethik-Unterrichts behandelt werden (vgl. Delere et al. 2020, S. 22–24). Wie weitreichend eine Schulung der digitalen Kompetenzen der Lehrer\*innen konzipiert sein muss, verdeutlicht das sogenannte TPACK-Modell nach Mishra und Koehler: „*Das Wissen von Lehrkräften setzt sich aus den Bereichen des Technik-, Pädagogik- und Inhaltswissens (TPACK, aus dem Englischen: Technical-Pedagogical-Content-Knowledge) zusammen und findet in deren Schnittmengen ein Optimum*“ (ebd., S. 26). Dieses Optimum gilt es in der Lehrer\*innenbildung anzustreben. Zusätzlich müssen von staatlicher Seite Initiativen unterstützt werden, die sich mit der Medienkompetenzförderung auseinandersetzen. Solche Bildungsangebote werden beispielsweise von der Bundeszentrale für politische Bildung angestoßen (vgl. Braun 2016).

### **Fazit und Ausblick**

Das globale Phänomen der Digitalisierung lässt eine neuartige, beteiligungsfreundliche Form der Demokratie heranreifen, eine digitale Demokratie, die sich gerade aufgrund ihrer inklusiven und offenen Beschaffenheit einer Gefahr ausgesetzt sieht. Sie bietet einen idealen Nährboden für die Verbreitung von politisch rechtem Gedankengut. Die Tatsache, dass die digitale Öffentlichkeit das bürgerliche Individuum im Mittelpunkt des politischen Geschehens positioniert, in Verbindung mit einer unsicheren Haltung der Menschen gegenüber den digitalen Praxen und bedingt durch den erlebten Kontrollverlust im virtuellen Raum, stärkt den Rechtspopulismus mit seinen vereinfachten Lösungsangeboten. Es zeichnet sich ein Paradoxon ab: Die Aufmerksamkeit, die den Internetnutzer\*innen zuteilwerden kann, mündet nicht in der zu erwartenden Konsequenz, dass sich die Gesellschaftsmitglieder heute eher

gehört fühlen. Ganz im Gegenteil werden die demokratischen Verhältnisse hochentwickelter Staaten vielerorts mehr denn je angezweifelt. Infolgedessen findet zugleich eine Stärkung und Schwächung der Demokratie statt.

Um das vorhandene Potenzial der digitalen Demokratie also so gut wie nur möglich aus-schöpfen zu können, muss mit dem neugewonnenen Freiraum eine stärkere Betonung der Eigenverantwortung des Individuums einhergehen. Unerlässlich ist daher eine Ethik der media-tisierten Welt, die auf eigenständige und verantwortungsbewusste Grenzsetzungen pocht. Eine angemessene Wahrnehmung dieser Verantwortung ist allerdings nur möglich, wenn eine entsprechende Medienkompetenz vorhanden ist. Die Erziehung zu medienmündigen Bür-ger\*innen ist somit unerlässlich. Des Weiteren muss sich die Medienethik den aufgeworfenen Fragen an das Recht widmen und hierfür normative Forderungen anstoßen, damit diese als Schablone für rechtliche Ausformulierungen fungieren und in Zukunft eine vermehrte Zu-wendung seitens der Politik erfahren. Hierfür bedarf es eines öffentlichen Diskurses, der prä-gend für die Weichenstellung einer „Kultur der Digitalität“ (Bedford-Strohm/Höhne/Zeyher-Quattlender, S. 13) ist, die sich fortwährend unter dem Eindruck gesellschaftlicher Erwartun-gen entwickelt.

Abschließend sei gesagt, dass die Befähigung des menschlichen Individuums, seiner Stimme im Digitalzeitalter deutlich mehr Gehör verleihen zu können, einen äußerst wertvollen Ge-winn der Digitalisierung darstellt. Demnach lohnt es sich durchaus, die angeführten Risiken einzugehen. Für die Gesellschaft bedeutet dies, den demokratiefeindlichen Entwicklungen entschlossen entgegensteuern zu müssen, indem diese ernstgenommen werden und eigenver-antwortliche ebenso wie medienkompetente Verhaltensweisen gefordert und gefördert wer-den. Anderenfalls könnte es passieren, dass die aktuell bestehenden Demokratien bereits in na-her Zukunft gefährlich ins Wanken geraten werden.

## Literatur

- Ankenbrand, Hendrik/Beeger, Britta (2013): Der gläserne Mensch. URL: [www.faz.net/aktuell/wirt-schaft/internet-der-glaeserne-mensch-12214568.html](http://www.faz.net/aktuell/wirt-schaft/internet-der-glaeserne-mensch-12214568.html) (04.10.2021).
- Baacke, Dieter (1973): Kommunikation und Kompetenz. Grundlegung einer Didaktik der Kommuni-kation und ihrer Medien. München: Juventa.
- Bedford-Strohm, Jonas/Höhne, Florian/Zeyher-Quattlender, Julian (2019): Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit. Interdisziplinäre Perspektiven auf politische Partizipation im Wandel. Baden Baden: Nomos.
- Braun, Sven (2016): Politische Bildung auf YouTube: Zwischen Beutelsbacher Konsens und LeFloid. URL: [www.netzpolitik.org/2016/politische-bildung-auf-youtube-zwischen-beutelsbacher-kon-sens-und-lefloid/](http://www.netzpolitik.org/2016/politische-bildung-auf-youtube-zwischen-beutelsbacher-kon-sens-und-lefloid/) (Zugriff: 12.10.2021).
- Bruns, Axel (2020): Vom Prosumenten zum Produzent. URL: [snurb.info/files/Vom%20Prosumen-ten%20zum%20Produzent%20%28final%29.pdf](http://snurb.info/files/Vom%20Prosumen-ten%20zum%20Produzent%20%28final%29.pdf) (02.09.2021).
- Carstensen, Tanja (2019): Social Media: Zwischen Selbstpräsentation und Unsichtbarkeit, Empower-ment und Sexismus. In: Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Hipfl, Brigitte/Ratković, Viktorija (Hrsg.): Handbuch Medien und Geschlecht. Wiesbaden: Springer, S. 1–12.
- Chakravorti, Bhaskar/Chaturvedi, Ravi Shankar (2017): Digital Planet 2017. How competitiveness and trust in digital economies vary across the world. URL: [sites.tufts.edu/digitalplanet/fi-les/2020/03/Digital\\_Planet\\_2017\\_FINAL.pdf](http://sites.tufts.edu/digitalplanet/fi-les/2020/03/Digital_Planet_2017_FINAL.pdf) (02.09.2021).
- Delere, Malte/Marci-Boehncke, Gudrun/Schmidt, Jule Sophie/Werner, Lena (2020): Was sie wissen,

- was sie brauchen: Zum medientechnischen und mediendidaktischen Reflexionsbewusstsein von Grundschullehrkräften. In: *k:ON – Kölner Online Journal für Lehrer\*innenbildung* 1, 1/2020, S. 23–42.
- Democracy Perception Index (2020): Democracy Perception Index 2020. URL: [daliaresearch.com/democracy/](http://daliaresearch.com/democracy/) (02.09.2021).
- Drüeke, Ricarda (2018): Verletzbarkeit durch Sichtbarkeit? Verhandlungen geschlechterpolitischer Positionen in digitalen Medien. In: Thomas, Tanja/Grittmann, Elke/Brink, Lina/de Wolff, Kaya (Hrsg.): *Anerkennung und Sichtbarkeit in Medienkulturen*. Bielefeld: transcript, S. 173–184.
- Eickelmann, Jennifer (2018): Mediatisierte Missachtung. Anerkennungsordnungen in digitalen Öffentlichkeiten. In: Thomas, Tanja/Grittmann, Elke/Brink, Lina/de Wolff, Kaya (Hrsg.): *Anerkennung und Sichtbarkeit in Medienkulturen*. Bielefeld: transcript, S. 155–171.
- Eickers, Gen/Rath, Matthias (2020): Digital change and the „trust deficit“: Ethical and pedagogical implications – First results of the german research project Digitaldialog21. URL: [www.researchgate.net/publication/340124995](http://www.researchgate.net/publication/340124995) (02.09.2021).
- Falencyk, Tanya (2019): Per Rechtsklick. URL: [www.zeit.de/2019/34/rechte-propaganda-junge-identitaere-youtube](http://www.zeit.de/2019/34/rechte-propaganda-junge-identitaere-youtube) (19.09.2021).
- Fischer, Luisa/Zink, Sebastian/Wahl, Stefanie/Henkel, Christian (2016): *Demokratie und Partizipation im 21. Jahrhundert*. Münster: Aschendorff Verlag.
- Funiok, Rüdiger (2002): Medienethik. Der Wertediskurs über Medien ist unverzichtbar. URL: [www.bpb.de/apuz/25396/medienethik?p=all](http://www.bpb.de/apuz/25396/medienethik?p=all) (21.09.2021).
- Gapski, Harald/Oberle, Monika/Staufer, Walter (2017): *Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Herberg, Ruth (2020): Wie der Aufstieg der Populisten die Gesellschaft herausfordert. URL: [www.fr.de/zukunft/stories/megatrends/schlicht-sticht-wie-der-aufstieg-der-populisten-die-gesellschaft-herausfordert-90030509.html](http://www.fr.de/zukunft/stories/megatrends/schlicht-sticht-wie-der-aufstieg-der-populisten-die-gesellschaft-herausfordert-90030509.html) (18.09.2021).
- Hidalgo, Oliver (2019): Demokratie und Digitalisierung: Oliver Hidalgo über den Stand der Debatte. In: Moser, Peter (Hrsg.): *Information Philosophie* Nr. 1/19, Ausgabe März 2019. Lörrach: Claudia Moser Verlag, S. 52–58.
- Hofmann, Jeanette/Kersting, Norbert/Ritzi, Claudia/Schünemann, Wolf (2019): *Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Jonas, Hans (2019): *Das Prinzip Verantwortung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Jüsten, Karl (1999): *Ethik und Ethos der Demokratie*. Paderborn: Schöningh.
- Kepplinger, Hans Mathias (2020): Reziproke Effekte auf Journalisten. In: Quiring, Oliver/Jacob, Nikolaus/Maurer, Marcus (Hrsg.): *Traditionen und Transformationen des Öffentlichen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 159–178.
- Krotz, Friedrich/Despotović, Cathrin/Kruse, Merle-Marie (2017): *Mediatisierung als Metaprozess: Transformationen, Formen der Entwicklung und die Generierung von Neuem*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (2021): Definition von Fake News. URL: [www.lmz-bw.de/medien-und-bildung/jugendmedienschutz/fake-news/was-sind-fake-news/](http://www.lmz-bw.de/medien-und-bildung/jugendmedienschutz/fake-news/was-sind-fake-news/) (12.10.2021).
- Marr, Mirko/Zillien, Nicole (2019): Digitale Spaltung. In: Beck, Klaus/Schweiger, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: Springer VS, S. 283–306.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2020a): JIM-Studie 2020. URL: [www.mpdfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2020/JIM-Studie-2020\\_Web\\_final.pdf](http://www.mpdfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2020/JIM-Studie-2020_Web_final.pdf) (04.10.2021).
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2020b): KIM-Studie 2020. URL: [www.mpdfs.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2020/KIM-Studie2020\\_WEB\\_final.pdf](http://www.mpdfs.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2020/KIM-Studie2020_WEB_final.pdf) (04.10.2021).

- Mills, Jennifer/Musto, Sarah/Williams, Lindsay/Tiggemann, Marika (2018): "Selfie" harm: Effects on mood and body image in young women. In: Tylka, Tracy (Ed.): *Body Image. An International Journal of Research*. Vol 27, pp. 86–92.
- Nathschläger, Johannes (2014): *Martha Nussbaum und das gute Leben. Der „Capabilities Approach“ auf dem Prüfstand*. Marburg: Tectum-Verlag.
- Nier, Hedda (2019): *Mediennutzung von Jugendlichen. Für viele gehören YouTube und Schule zusammen*. URL: [de.statista.com/infografik/18255/fuer-viele-gehoren-youtube-und-schule-zusammen/](https://de.statista.com/infografik/18255/fuer-viele-gehoren-youtube-und-schule-zusammen/) (20.09.2021).
- Niesyto, Horst/Moser, Heinz (2018): *Medienkritik im digitalen Zeitalter*. München: kopaed.
- Nussbaum, Martha (2010): *Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Pörksen, Bernhard (2018): *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Rath, Matthias (2014): *Ethik der mediatisierten Welt*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rath, Matthias/Tannrath, Michelle (2019): *Teaching in digital societies as a topic of an ethically informed media pedagogy*. URL: [www.researchgate.net/publication/334509615](https://www.researchgate.net/publication/334509615) (18.09.2021).
- Rawls, John (2012): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Treumann, Klaus Peter/Baacke, Dieter/Haacke, Kirsten/Hugger, Kai Uwe/Vollbrecht, Ralf/Kurz, Oliver (2002): *Medienkompetenz im digitalen Zeitalter: Wie die neuen Medien das Leben und Lernen Erwachsener verändert*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 36–39.
- Verständig, Dan/Klein, Alexandra/Iske Stefan (2017): *Zero-Level Digital Divide. Neues Netz und neue Ungleichheiten*. URL: [dspace.ub.uni-siegen.de/bitstream/ubsi/1197/1/Verstaendig\\_Klein\\_Iske\\_Zero\\_Level\\_Digital\\_Divide.pdf](https://dspace.ub.uni-siegen.de/bitstream/ubsi/1197/1/Verstaendig_Klein_Iske_Zero_Level_Digital_Divide.pdf) (12.10.2021).

### Informationen zur Autorin



Michelle Tannrath ist Studentin des Masterstudiengangs Lehramt für die Sekundarstufe 1 an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg mit der Fächerkombination Ethik und Politikwissenschaft. Außerdem ist sie Mitglied der Forschungsgruppe Medienethik des Instituts Philosophie und studentische Hilfskraft im Drittmittelprojekt „DigitalDialog21“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Medienethik und der politischen Philosophie.

[michelle.tannrath@freenet.de](mailto:michelle.tannrath@freenet.de)

#### Zitationshinweis:

Tannrath, Michelle (2021): *Digitale Öffentlichkeit als Demokratie 2.0*. In: Online-Magazin *Ludwigsburger Beiträge zur Medienpädagogik*, Ausgabe 21/2021. URL: [medienpaed-ludwigsburg.de/](https://medienpaed-ludwigsburg.de/)